

Umfragen ergeben, dass die frz. Öffentlichkeit Einschränkung der Freiheit haben will

► von Jason Ditz

■ Noch immer geschockt von den Terrorattacken in Paris sieht die französische Öffentlichkeit weitgehend weg, während die Regierung dabei ist, in einem zunehmend unbefristeten „Ausnahmestand“ grundlegende Freiheiten dramatisch einzuschränken, deren die Republik sich seit Generationen erfreut hat.

Die Polizei darf jetzt Menschen und Wohnungen bei Verdacht auf „konspirative Aktivität“ ohne richterliche Vollmacht durchsuchen, und obwohl das dazu dienen sollte, gegen den Terrorismus vorzugehen, benutzen Regierungsvertreter bereits diese Möglichkeit, Razzien in den Wohnungen von Menschen durchzuführen, die wegen Drogenbesitz und ähnlichen Delikten verdächtigt werden.

Gleichermaßen darf die Regierung Menschen unter „Hausarrest“ stellen und Menschen unbefristet ohne Anklage einsperren, wenn die Regierung der Auffassung ist, dass diese denkbarerweise eine Gefahr darstellen.

Bürgerrechtsgruppen laufen verständlicherweise Sturm, stoßen aber auf wenig Interesse in der Öffentlichkeit, wobei Umfragen neuesten Datums zeigen, dass rund 84% der französischen Wähler bereit sind, „gewisse Einschränkungen der Freiheit“ im Namen verstärkter Kontrolle durch die Regierung hinzunehmen.

Man braucht die Regierung nicht zweimal zu fragen, dass sie einem Freiheiten wegnimmt, und beide Häuser des Parlaments haben einstimmig Vorstöße des Präsidenten durchgedrückt, individuelle Rechte weiter einzuschränken.

❖ [\[1\]](#) [weiterlesen](#) [\[2\]](#)

Quell-URL: <https://kritisches-netzwerk.de/content/massive-einschraenkung-der-grundrechte-frankreich?page=47#comment-0>

Links

[1] <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/klage-gegen-israels-regierungschef-netanjahu-chile-eingereicht>

[2] <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/massive-einschraenkung-der-grundrechte-frankreich>